

**Beirat Obervieland  
Bremen  
18. Legislaturperiode 2023-2027**

**Freie Hansestadt  
Ortsamt Obervieland  
Tel.: 361 – 3531**

**Niederschrift über die 20. öffentliche Sitzung des Beirates Obervieland am Dienstag, den 15.04.2025 von 19:00 Uhr bis 21.10 Uhr im Bürgerhaus Obervieland, Alfred-Faust-Str. 4, 28279 Bremen**

**Anwesende:**

Beiratsmitglieder: Gesine Becker, Sven Boberg (online), Sara Dahnken, Stefan Faber (online), Roman Fabian, Derya Keyssler, Christin Loroff, Klaus Möhle, Ulf Nummensen, Klaus Sager, Holger Sauer, Ewald Stehmeier

Fehlend: Werner Bohlmann (e), Andreas Breitzke (e), Gabriele Klaassen (e), Kubilay Petzük (e), Frank Seidel (e), Stefan Steinmeyer (e), Heiko Zeller (e)

Gäste: Herr Sartoris (Polizei Bremen, Leiter PK Süd), Herr Kreibohm (Pastor Evangelische Thomas Gemeinde), Frau Eirich (Gesamtelternsprecherin der Bremischen Evangelischen Kirche im Bezirk Obervieland)

Sitzungsleitung: Michael Radolla, Ortsamt Obervieland

Protokoll: Tuğba Böhrnsen, Ortsamt Obervieland

Der Sitzungsleiter begrüßt die Beiratsmitglieder und Zuschauer: innen im Sitzungssaal, der Sitzungskonferenz sowie im Livestream und eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr.

**TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

**Beschluss: Der Beirat stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.**

*(Einstimmige Zustimmung, 12 Ja-Stimmen)*

**TOP 2: Vorstellung der Kriminalstatistik 2024 (Stadtteil Obervieland)**

**dazu Vertreter: innen der Polizei Bremen**

Einleitend stellt sich **Herr Sartoris** als Leiter des Polizeikommissariats Süd und stellvertretenden Abteilungsleiter der Abteilung Mitte/Süd vor. Er erläutert anhand einer Bildschirmpräsentation die Kriminalstatistik für Obervieland, bezogen auf das Jahr 2024. Zu Beginn geht er auf die strategische Ausrichtung der Polizei Bremen ein. Dabei betont er die Bedeutung der Absicherung zentraler Prozesse, insbesondere des Schutzes und der Hilfeleistung für die Bevölkerung im Rahmen des sogenannten 110-Prozesses, also des Notruf- und Soforteinsatzes.

Er weist darauf hin, dass bei besonderen Lagen wie Fußballspielen oder Festivals eine Bündelung der Einsatzkräfte erfolgt. Die Polizei arbeite zudem mit stadtteilspezifischen Schwerpunktbereichen. Ein besonderes Anliegen sei ihr die Gewährleistung bürgernahe Polizeiarbeit, unter anderem durch den Erhalt der Standorte in den Stadtteilen sowie durch Präventions- und Netzwerkarbeit. Insbesondere in Obervieland lägen die Schwerpunkte auf der Begleitung von Jugendgruppen (vorwiegend in Kattenturm Mitte und zu besonderen Eventtagen wie z.B. Halloween) sowie, ebenfalls vorwiegend im Bereich Kattenturm, auf der Problematik der Vermüllung.

Die präsentierte Statistik verstehe sich als sogenannte Ausgangsstatistik. Dies bedeute, sie bilde nicht den jeweiligen Tatzeitpunkt ab, sondern den Zeitpunkt der Vorgangsabgabe an die Staatsanwaltschaft nach Abschluss der Ermittlungen. Die Aufklärungsquote sei insgesamt gestiegen, was unter anderem auf eine verstärkte Bearbeitung von Altfällen zurückzuführen sei, die nun in die Statistik eingeflossen seien.

Ein weiterer Schwerpunkt liege in der Stärkung der Handlungsfähigkeit im sogenannten „Phänomenbereich“ (politisch motivierte Kriminalität (PMK)). Zudem sei, möglicherweise in Folge der Inflation, ein Anstieg der Zahl an Eigentumsdelikten zu beobachten.

Erfreut zeigt er sich über die gelungene Nachbesetzung der Stellen von aus dem Dienst ausgeschiedenen Kontaktpolizisten in Obervieland, womit die Präsenz der Polizei im Stadtteil weiter gestärkt werde.

Anschließend geht er auf die statistischen Werte für Obervieland im Vergleich der Jahre 2022 bis 2024 ein. Im gesamten Bereich des Polizeikommissariats Süd sei ein Anstieg der Gesamtfälle um 12 % zu verzeichnen, in Obervieland allerdings lediglich um 1,9 % im Vergleich der Jahre von 2023 und 2024. Während die Fälle von Straßenraub leicht zugenommen hätten, gingen die Raubdelikte insgesamt um 33 % zurück. Bei den Körperverletzungsdelikten zeige sich ein Rückgang um 22 %. Der Taschendiebstahl habe hingegen von 67 auf 87 Fälle zugenommen.

Die Zahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle gehe zurück, Diebstähle aus Kraftfahrzeugen nähmen dagegen zu. Die Fahrraddiebstähle seien insgesamt rückläufig, was sicher auch auf die verstärkte Präventionsarbeit der Polizei zurückzuführen sei. Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SÄM) hätten ebenfalls um 33 % abgenommen, während Diebstahl- und Betrugsdelikte um 30 % gestiegen seien.

In der anschließenden Diskussion möchte **Herr Fabian** wissen, ob der Anstieg an das Bevölkerungswachstum angelehnt sei und wie erfolgversprechend die Schwerpunktsetzung auf bestimmte Deliktbereiche sei.

**Herr Sartoris** erklärt, dass dicht besiedelte Gebiete grundsätzlich mehr Delikte verzeichneten als weniger bewohnte Bereiche. Die Schwerpunktsetzung sei insgesamt durchaus hilfreich, auch weil diese je nach Rahmenbedingungen flexibel gesetzt werden könnten. So werde beispielsweise in der dunklen Jahreszeit verstärkt auf Taschendiebstähle fokussiert. Auch Betrugsdelikte stünden dauerhaft im Mittelpunkt, da verbesserte technologische Möglichkeiten den Tätern ständig neue Tatmöglichkeiten eröffneten.

**Frau Dahnken** fragt, ob im Deliktfeld Betrug auch Fälle von Online-Betrug erfasst würden und wie hoch aktuell die Anzahl unbearbeiteter Fälle sei. Zudem möchte sie wissen, wie viele Dienststunden die Kontaktpolizisten (KOP) außerhalb des Stadtteils im Rahmen zentraler Dienste gearbeitet hätten.

**Frau Becker** fragt, ob die Bearbeitung von Altfällen in absehbarer Zeit abgeschlossen werde und ob möglicherweise eine Priorisierung nach Schwere des vorliegenden Delikts erfolge.

**Herr Sartoris** bestätigt, dass Online-Betrugsfälle in der Statistik erfasst seien. Problematisch sei allerdings, dass sich der Tatort häufig im Ausland befände und die Zuordnung vor diesem Hintergrund erschwert werde.

Der letzte veröffentlichte Stand an Altfällen lag bei 14.500. Im vergangenen Jahr konnten davon 6.500 abgearbeitet werden. KOP werden hierfür inzwischen nicht mehr eingesetzt. Eine Priorisierung der Fallbearbeitung erfolge nach Schwere der Delikte.

Für die Anzahl der Dienststunden der KOP im Einsatz zentraler Dienste bittet er um offizielle Anfrage im Innenressort.

**Frau Loroff** macht deutlich, dass sie die Anzahl der Straftaten trotz der dargestellten statistischen Verbesserung für nach wie vor zu hoch erachte.

**Frau Keyßler** fragt, ob und wie globale Ereignisse wie z.B. die Corona-Pandemie Einfluss auf die Statistik genommen haben.

**Herr Sartoris** erklärt, dass die Corona-Pandemie zunächst zu einem Rückgang in bestimmten Deliktbereichen geführt habe. Anschließend hätten größere Zusammenkünfte und Feierlichkeiten die Tatgelegenheiten allerdings wieder erhöht, so dass mittlerweile wieder das Niveau der Vor-Pandemie-Zeit erreicht sei.

**Herr Brumma** (Sachkundiger Bürger) bittet um Informationen zu Drogendelikten und Bandenkriminalität.

**Herr Sartoris** teilt mit, dazu lägen ihm aktuell keine belastbaren Informationen vor. Er sichert jedoch zu, diese im Nachgang dieser Beiratssitzung entsprechend nachzureichen.

Er appelliert auch noch einmal ganz allgemein, bei Verdachtsfällen von Straftaten im persönlichen Umfeld aufmerksam zu sein und nicht zu zögern, im Einzelfall die Notrufnummer 110 zu wählen.

**Herr Möhle** spricht sich in diesem Zusammenhang für eine Aufstockung der offenen Kinder- und Jugendarbeit aus, da er darüber eine große Chance für präventive Polizeiarbeit bei der Verhinderung von Straftaten sehe.

Abschließend geht **Herr Sartoris** auf die Zielerreichungsgrade des 110-Prozesses ein. Unter Kategorie 1 fielen Einsätze mit hoher Dringlichkeit, bei denen der Tatort innerhalb von acht Minuten erreicht werden sollte. Kategorie 2 umfasse weniger dringliche Fälle mit einem Zielwert von 30 Minuten zum Erreichen des Tatorts. In Obervieland lag in 2024 die Zielerreichung in Kategorie 1 bei 77,17 % (angestrebtes Ziel: 80 %) - in Kategorie 2 bei 67,1 % (angestrebtes Ziel: 90 %).

Die Beiratsmitglieder bedanken sich für die Ausführungen und nehmen diese zur Kenntnis.

### **TOP 3: Streichung eines städtischen Zuschusses für Vollküchen in Kitas der Bremischen Evangelischen Kirche**

**dazu: Vertreter: innen der Bremischen Evangelischen Kirche**

**Herr Kreibohm** stellt sich eingangs als Pastor der Thomas-Gemeinde vor. Gemeinsam mit **Frau Eirich**, die sich als Elternvertreterin der Kitas der Evangelischen Kirche in Obervieland engagiert, berichtet er von den aktuellen Entwicklungen hinsichtlich der Finanzierung kirchlicher Kindertageseinrichtungen. Konkret geht es um die Streichung städtischer Zuschüsse, die im direkten Zusammenhang mit dem Aufbau von Vollküchen in den kirchlichen Kitas geflossen standen. Diese Kürzungen hätten zur Folge, dass diese Vollküchen nun aufgegeben werden müssten und den Mitarbeitenden in den Küchen die Kündigung drohe.

Die beiden betonen die Bedeutung frisch zubereiteter Mahlzeiten für die Kinder. Das Kochen vor Ort sei nicht nur ein kulinarisches, sondern auch ein sinnliches Erlebnis, bei dem Kinder Gerüche wahrnehmen und die Zubereitung des Essens aktiv miterleben könnten. Das bestehende Konzept sei in Zusammenarbeit mit der Stadt Bremen entwickelt worden, basierend auf dem sogenannten Aktionsplan 2025 aus dem Jahr 2018. Dieser war mit der Zielvorgabe entstanden, einen regionalen und biologischen Schwerpunkt für das Essen in Kitas zu setzen. Aufgrund der Zuschusskürzung sei diese Entwicklung nun nicht mehr zu halten, da die Differenz nicht aus Eigenmitteln der Kirche ausgeglichen werden könne. Als Alternative bleibe lediglich die Versorgung durch einen Catering-Service. Für viele Kinder sei das Essen in der Kita oft die einzige warme Mahlzeit des Tages.

In der anschließenden Diskussion weist **Herr Möhle** darauf hin, dass städtische Kitas (Kita Bremen) ebenfalls durch Caterer beliefert würden und die Qualität der Speisen durchaus gut sei. Die Streichung der Zuschüsse führe zudem zu einer Gleichbehandlung aller Kitas, unabhängig von deren Trägerschaft.

Auch Frau **Dahnken** unterstützt diesen Standpunkt und betont, dass angesichts der angespannten Haushaltslage eine Gleichbehandlung zwischen kirchlichen, städtischen und privaten Einrichtungen erforderlich sei. Sie räumt zwar ein, dass frisch gekochtes Essen grundsätzlich wünschenswert sei, verweist aber auf ihre Erfahrung in der Gastronomie, wonach auch angeliefertes Essen durchaus gesund und qualitativ hochwertig sein könne. Die SPD-Fraktion schlage daher vor, den Sachverhalt vor einer Entscheidung zunächst in den Fachausschuss Bildung, Jugend, Kultur und Sport zu verweisen. Dort könne dann ggf. auch das Ressort noch dazu gehört werden und abschließend ein Beschluss gefasst werden.

**Frau Loroff** erklärt, dass sie das Anliegen der Kirche grundsätzlich unterstütze. Die CDU-Fraktion habe bereits einen entsprechenden Antrag formuliert, für den zudem einige Änderungs- und Ergänzungswünsche der Fraktion B90/Grüne vorlägen. Sie unterstütze jedoch den Vorschlag der SPD-Fraktion, den Antrag zunächst im Fachausschuss für Bildung, Jugend, Kultur und Sport zu behandeln, um mögliche noch offene Fragen klären zu können.

**Herr Kreibohm** warnt, dass der Sachverhalt im Hinblick auf die Zukunft der Küchen zeitsensibel sei und eine Überweisung in den Fachausschuss dies weiter verzögere.

**Frau Becker** erkundigt sich nach der Anzahl der vorhandenen Vollküchen und danach, welche Institutionen diese ursprünglich finanziert hätten.

**Herr Markus (Geschäftsführer der KIBO gGmbH)** spricht sich ebenfalls für eine Gleichbehandlung aller Kitas aus und erklärt, dass der Essensbeitrag für Eltern von 35 auf 45 Euro monatlich steigen werde. Er möchte wissen, ob diese Beitragserhöhung den Wegfall der städtischen Zuschüsse möglicherweise kompensieren könne.

**Frau Eirich** erklärt, dass es insgesamt 65 Vollküchen gebe, die vollständig durch die Bremische Evangelische Kirche finanziert worden seien. Die angekündigte Beitragserhöhung reiche jedoch nicht aus, um die entstehende Finanzierungslücke zu schließen.

**Herr Stehmeier** hebt die Bedeutung frisch zubereiteter Mahlzeiten für die Kinder hervor und bedauert, dass durch den Wegfall der Zuschüsse Küchenpersonal entlassen werden müsse.

**Herr Sauer** weist darauf hin, dass für das Thema keine originäre Beiratszuständigkeit bestehe. Er spricht sich vor diesem Hintergrund für eine Überweisung an den Fachausschuss Bildung, Jugend, Kultur und Sport aus, um dort gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des zuständigen Ressorts Lösungen zu erarbeiten, die möglichst allen Beteiligten gerecht werden.

**Frau Dahnken** weist darauf hin, dass bislang keine spezifischen Informationen zum Stadtteil Obervieland vorlägen. Die bisherigen Ausführungen seien auf das gesamte Stadtgebiet bezogen. Sie bittet daher um Nachreichung dieser Informationen im Nachgang der Sitzung.

**Herr Fabian** hält einen Verweis in den Fachausschuss für nicht notwendig. In Bezug darauf sehe er sich jedoch deutlich in der Minderheit. Er betont die Dringlichkeit des Anliegens und fordert, die qualitativ hochwertige Versorgung der Kinder mit frischem Essen müsse auch kurzfristig gesichert bleiben. Er schlägt daher vor, bereits auf der heutigen Sitzung einen kurzen Beschluss zu fassen, der die weitere Bezuschussung der Vollküchen unterstützt und Begründung und weitere Ausführungen dazu dann im Rahmen der Fachausschusssitzung nachzureichen.

Auf Nachfrage des Sitzungsleiters bittet Herr Fabian über diesen Vorschlag als Antrag seinerseits abstimmen zu lassen.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen (mehrheitliche Ablehnung)

Das Gremium kommt abschließend überein, den Sachverhalt zur weiteren Behandlung in den Fachausschusses Bildung, Jugend, Kultur und Sport (29.04.2025, 18:00 Uhr im Gymnasium Links der Weser) zu verweisen.

Die Beiratsmitglieder bedanken sich für die Ausführungen und nehmen diese zur Kenntnis.

#### **TOP 4: Bericht aus dem Regionalausschuss Klinikum Links der Weser**

**Der Sitzungsleiter** erläutert einleitend, dass der Regionalausschuss auf Vorschlag des Beirates Obervieland mit den Beiräten des Bremer Südens und dem Beirat Östliche Vorstadt gebildet worden sei und im Februar 2024 seine Arbeit aufgenommen habe. Mittlerweile habe es in diesem Rahmen sechs Sitzungen und einen Ortstermin gegeben. Der Beirat Obervieland werde in diesem Regionalausschuss durch den Beiratssprecher Klaus Möhle und den Sachkundigen Bürger Matthias Kurzawski vertreten.

Anschließend berichtet **Herr Möhle** zur Arbeit des Regionalausschusses. Gebildet worden sei dieser seinerzeit, um sich vorrangig für den Erhalt des Klinikums Links der Weser einzusetzen. Mittlerweile müsse man jedoch mit der Realität der politischen Beschlüsse umgehen und von einer Schließung des Klinikums ausgehen. Vor diesem Hintergrund gelte es nun, die bestmögliche medizinische Nachversorgung für den Standort zu erreichen. Die Interessenlage der beteiligten Beiräte sei dabei jedoch sehr unterschiedlich, da jeder Beirat vorrangig die Anliegen seines eigenen Stadtteils verfolge. Er berichtet von der letzten Sitzung des Regionalausschusses, in der Frau Dr. Fischer, die Leiterin der Palliativstation am Klinikum Links der Weser, anwesend war. Er lobt deren Arbeit ausdrücklich und hebt hervor, dass diese Palliativstation zu den besten in ganz Deutschland zähle. Besonders betont er das außergewöhnlich naturnahe Ambiente der Station.

Vom Regionalausschuss selbst habe er sich insgesamt einen stärkeren politischen Einfluss erhofft. Er selbst lehne den Umzug der Herzchirurgie sowie der Palliativstation weiterhin entschieden ab. Für die Zeit nach der Schließung des Klinikums fordere er eine gesicherte medizinische Versorgung vor Ort. Der geplanten Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) als Nachfolgeeinrichtung stehe er dabei allerdings kritisch gegenüber. Ein MVZ in der Hand privater Betreiber befürworte er nicht. Außerdem wünsche er sich ein neues, umfassendes Konzept für die Krankenhauslandschaft in Bremen. Von der Geschäftsführung der Gesundheit Nord erwarte er zudem mehr Transparenz und Offenheit in der Kommunikation.

Das Gremium nimmt den Bericht des Beiratssprechers zur Kenntnis.

Im Anschluss stellt **Herr Fabian** kurz das Volksbegehren des Betriebsrates des Klinikums Links der Weser zum Erhalt des Standortes vor. Am 06. Mai 2025 werde dazu eine Pressekonferenz im Bürgerhaus Obervieland stattfinden. Interessierte Bürgerinnen und Bürger könnten das Volksbegehren aber bereits an verschiedenen Standorten (u.a. Bürgerhaus Obervieland) aktiv unterzeichnen. Für Unterschriftenlisten könne zudem Kontakt mit dem Betriebsrat aufgenommen werden. Ziel sei es, insgesamt 25.000 Unterschriften für das Volksbegehren zu sammeln.

#### **TOP 5: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten**

Keine Hinweise aus dem Publikum und/oder dem Sitzungsschat.

#### **TOP 6: Mitteilungen des Ortsamtleiters**

29.04.2025 Fachausschuss Kinder, Jugend und Bildung (18.00 Uhr Gymnasium Links der Weser)

30.04.2025 Hochziehen des Maibaums (16.00 Uhr, Bürgerhaus Obervieland)

10.05.2025 Obervielander Vielfalt (14:00 Uhr bis 18:00 Uhr, TuS Komet Arsten)

13.05.2025 Beiratssitzung (19.00 Uhr, BGO)

19.06.2025 Regionalausschusses (18.00 Uhr, BGO)

gez. Michael Radolla  
Sitzungsleiter

gez. Klaus Möhle  
Beiratssprecher

gez. Tuğba Böhrnsen  
Protokoll